



IVL^{SH}-MAGAZIN

Zeitschrift der Interessenvertretung der Lehrkräfte ALLER Schularten und Laufbahnen
ISSN 2191 - 9070

Heft 2 / Juli 2017



Ermäßigungsstunden

Hände weg!

Der Landesrechnungshof empfiehlt der künftigen Landesregierung statt Lehrerstellen zu schaffen, Ermäßigungsstunden zu kürzen!

NICHT MIT UNS!

**Lieber Binnendifferenzierung aufheben
und Differenzierungsstunden
zu Planstellen machen!**

Bundesweit für Sie da: mit Direktbank und wachsendem Filialnetz.

Für mich: das kostenfreie Bezügekonto¹⁾

¹⁾ Voraussetzung: Bezügekonto mit Online-Überweisungen; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied.

Banken gibt es viele. Aber die BBBank ist die einzige bundesweit tätige genossenschaftliche Privatkundenbank, die Beamten und Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes einzigartige Angebote macht. Zum Beispiel das Bezügekonto mit kostenfreier Kontoführung.¹⁾

Vorteil für dbb-Mitglieder:

- 30,- Euro Startguthaben über das dbb vorsorgewerk

Informieren Sie sich jetzt über die **vielen speziellen Vorteile** Ihres neuen Kontos für Beschäftigte im öffentlichen Dienst:
Tel. 0 800/40 60 40 160 (kostenfrei) oder www.bezuegekonto.de

Regionalbevollmächtigter
Öffentlicher Dienst
Florian Hinrichsen
florian.hinrichsen@bbbank.de
Mobil: 0172 / 679 7811



BB Bank

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst

Jamaika ist eine Insel und hat eben viel Küste

„Die Debatte um Schulstrukturen steht für uns nicht im Vordergrund. Wir werden erhalten, was sich bewährt hat. Dabei wird es uns um die Verbesserung der Qualität von Bildung und mehr Bildungsgerechtigkeit gehen.“
(Koalitionsvertrag CDU, FDP, B90/Grüne vom 16. Juni 2017)

Hoffnung auf Veränderung für die Gemeinschaftsschulen, die sich im Hinblick auf Bildungsqualität in den letzten Jahren gerade nicht bewährt haben? Endlich die Möglichkeit abschlussbezogene Klassen oder wenigstens Bildungsgänge einzurichten?

In der Beantwortung unserer Wahlprüfsteine hatten sich CDU und FDP für die Einrichtung abschlussbezogener Klassen ausgesprochen und deren Wiedereinführung zugesichert. Daher feierten nicht wenige Kolleginnen und Kollegen am Abend des 7. Mai 2017 den Wahlausgang.

Die Feierlaune ist den meisten nach Bekanntwerden des Koalitionsvertrags gründlich vergangen. Schon der Begriff „Bildungsgerechtigkeit“ hat viele hellhörig gemacht. Was dann über die Gemeinschaftsschule in folgenden 40 dürren Worten zu lesen ist, vernichtete alle Hoffnungen.

„Gemeinschaftsschulen zeichnet der Ansatz des gemeinsamen Lernens aus. Auf Basis der KMK-Vereinbarungen können Gemeinschaftsschulen über die Form der Differenzierung (äußere und innere Differenzierung) entscheiden. Wir werden ihnen ermöglichen in den Klassen sieben bis zehn die naturwissenschaftlichen Fächer gesondert zu unterrichten.“

Nun sehen die KMK-Vereinbarungen in Schulen mit mehreren Bildungsgängen zwar auch die Einrichtung abschlussbezogener Klassen vor; der § 43, Abs. 1 SchulG Schleswig-Holstein in der aktuellen Fassung aber verbietet dieses. Die Formulierung im Koalitionsvertrag „auf Basis der KMK-Vereinbarungen“ erfordert eine Veränderung des § 43, Abs. 1 SchulG und diese erwarten wir auch. Die Naturwissenschaften können auch jetzt schon gesondert unterrichtet werden.

Ignoranz oder Unkenntnis der CDU und FDP Politiker in der Bildungsgruppe? Hier haben sich die Grünen, deren Wortführerin zwar nicht mehr für den Landtag kandidiert hat, aber die letzten fünf Jahre die Vorsitzende des Bildungsausschusses war und nun Staatssekretärin im Umweltministerium werden soll, voll durchgesetzt.

Priorität für die CDU und ihre designierte Bildungsministerin Karin Prien (wieder aus Hamburg) hatte die Rückkehr zu G9, ein ihren Wahlkampf bestimmendes Thema. Ab Schuljahr 2019/2020 soll G9 mit den fünften Klassen starten. Die Gymnasien können aber einmalig darüber entscheiden, ob sie bei G8 oder beim Y-Modell bleiben wollen. Dazu ist eine Mehrheit von 75% (für eine Änderung des Grundgesetzes reichen 66,6%) in der Schulkonferenz notwendig.

Auch soll die Schulartempfehlung in Klasse vier wieder eingeführt werden. Diese wird aber nicht bindend sein, so dass Eltern ihre Kinder weiterhin ungehindert am Gymnasium anmelden können, auch wenn die Schulnoten, die es ab Klassenstufe drei wieder geben soll, keinen erfolgreichen Besuch des Gymnasiums versprechen. Im Übrigen können sich Grundschulen und Gemeinschaftsschulen (bis Klasse 7) durch Beschluss der Schulkonferenz auch gegen Noten aussprechen, wobei hier eine einfache Mehrheit reicht.



Wir begrüßen, dass Grundschülerinnen und -schüler wieder verpflichtend eine gebundene Schreibschrift erlernen sollen und dass die fatale Methode des „Schreibens nach Gehör“ der Vergangenheit angehören soll. (Übrigens bezeichnet die GEW dies als „rückwärtsgewandt“)

Die Unterrichtsversorgung soll bis zum Ende der neuen Legislaturperiode in allen Schulen 100% erreichen. **Hier wird Selbstverständliches als Errungenschaft gepriesen.**

Der heute schon durch hohen Krankenstand verursachte eklatante Unterrichtsausfall gerade an den Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe wird sich noch verschärfen, wenn diese sich weiter zur Restschule entwickeln. Sie müssen all die Schülerinnen und Schüler aufnehmen, die von Gymnasien und Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe abgelehnt werden. Gerade sie brauchen eine Unterrichtsversorgung von 105 bis 110%.

Daher erweist sich die Aussage, man wolle die duale Ausbildung stärken, als leeres Gerede, wenn man nicht gleichzeitig die Schulart stärkt, die die Schülerinnen und Schüler auf diese für den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein so wichtige duale Ausbildung vorbereitet.

Es gab große Versprechungen seitens CDU und FDP, aber herausgekommen ist bis auf die Rückkehr zu G9 dabei nur wenig. Geradezu ein Zeichen von Realitätsverlust ist folgende Aussage des designierten Ministerpräsidenten Daniel Günther (Lübecker Nachrichten vom 24. Juni 2017):

„Die zentralen Wahlversprechen der Union finden sich in diesem Koalitionsvertrag wieder.“

„Parturient montes, nascetur ridiculus mus – Die Berge kreißen, geboren wird eine lächerliche Maus.“ (Horaz: „Ars poetica“)

Grete Rhenius
Lübeck, 25. Juni 2017

Inhalt

Editorial	3
Offener Brief an die Präsidentin des LHR	5
Realisten in Schleswig-Holstein	7
Die Landfrauenvertretung in Schleswig-Holstein	10
Aktivitäten für die Zukunft	12
Schule und Lehrer	13
Aus der Seniorenarbeit des Verbandes	16
Commercial Cards	20
Geburtstage	21
Wir gratulieren	22
Info für Senioren	24
Aus den Bezirken	25
Beitrittserklärung	31

Sehr geehrte Frau Dr. Schäfer,

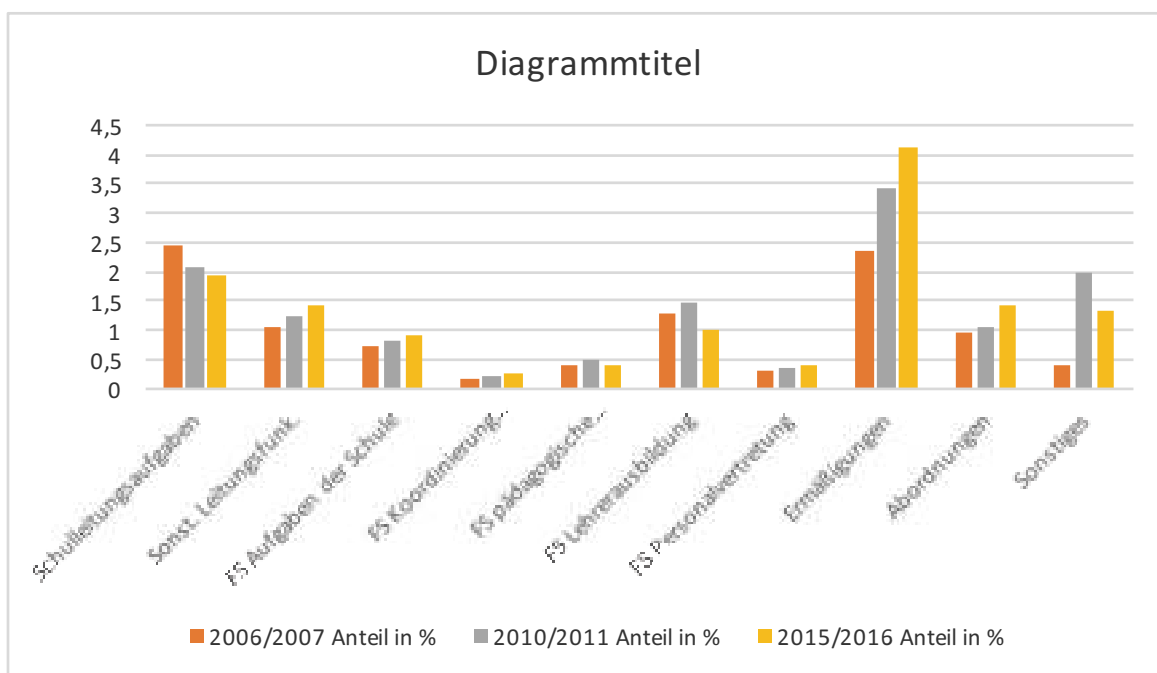
mit großem Befremden und auch Unverständnis haben wir die Ausführungen in „Bemerkungen des Landesrechnungshofes 2017“ zum Thema „Mehr Unterricht durch optimierten Lehrkräfteeinsatz“ zur Kenntnis genommen.

Dazu nehmen wir wie folgt Stellung:

1. Sie vergleichen die Situation des Schuljahres 2006/2007 mit der des Schuljahres 2015/2016, versäumen aber darauf hinzuweisen, dass diese beiden Schuljahre nicht vergleichbar sind. 2005/2006 hatten wir in Schleswig-Holstein noch ein bewährtes durchgängig dreigliedriges Schulsystem mit Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien. Da es an Haupt- und Realschulen in der Regel nur zwei Schulleitungsmitglieder gab und der stellvertretende Schulleiter lediglich eine geringe Ermäßigung der Pflichtstundenzahl hatte, kam mehr Unterricht bei den Schülerinnen und Schülern an als heute. Der von 1,26 auf 1,43 gestiegene Wert „Unterrichtsstunde je Schüler“ sagt ja nichts darüber aus, was wirklich bei den Schülern angekommen ist bzw. ankommt. Vor allem durch die ideologisch-politisch gewollte Einführung der Gemeinschaftsschule, mit der durch die Schaffung von bis zu vier Koordinatorenstellen auch eine Zunahme der Pflichtstundenermäßigungen einherging, kam weniger Unterricht bei den Schülerin-

nen und Schülern an als in anderen Bundesländern, die die Erhöhung ihrer Lehrerplanstellen direkt in den Unterricht investierten. Weitere Gründe für Reduzierungen sind die Verlagerung ursächlich ministerieller Aufgaben wie die Entwicklung von Fachcurricula, das Erstellen von Zeugnisformularen, die WPU-Gestaltung, die Ausarbeitung von Schul- und Vertretungskonzepten und die Ausgestaltung von Förderkonzepten an die einzelnen Schulen, die viele Lehrerinnen und Lehrer über Gebühr belastet haben und auch zu Langzeiterkrankungen geführt haben.

2. Die Altersermäßigung wurde 2010 neu gestaltet. Gründe dafür sind sicher auch darin zu suchen, dass den Lehrerinnen und Lehrern bei der Umstrukturierung des Schulsystems und der Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen eine Stundenreduzierung auf 26 Unterrichtsstunden/Woche zugesichert worden war. Diese wurde aber 2009/2010 zurückgenommen und dafür die Altersermäßigung moderat erweitert. Nur so konnten trotz der Umstrukturierung Lehrerstellen eingespart werden. Da es lange Zeit nur wenig Neueinstellungen von Lehrkräften gab, ist der Altersdurchschnitt der Kollegien natürlich stark angestiegen, wodurch sich natürlich auch die Zahl der Altersermäßigungen erhöht hat. Sie sollte auch dazu dienen Frühpensionierung und Dienstunfähigkeit zu verringern, was sicher eine größere finanzielle Belastung für den Landeshaushalt bedeutet hätte.

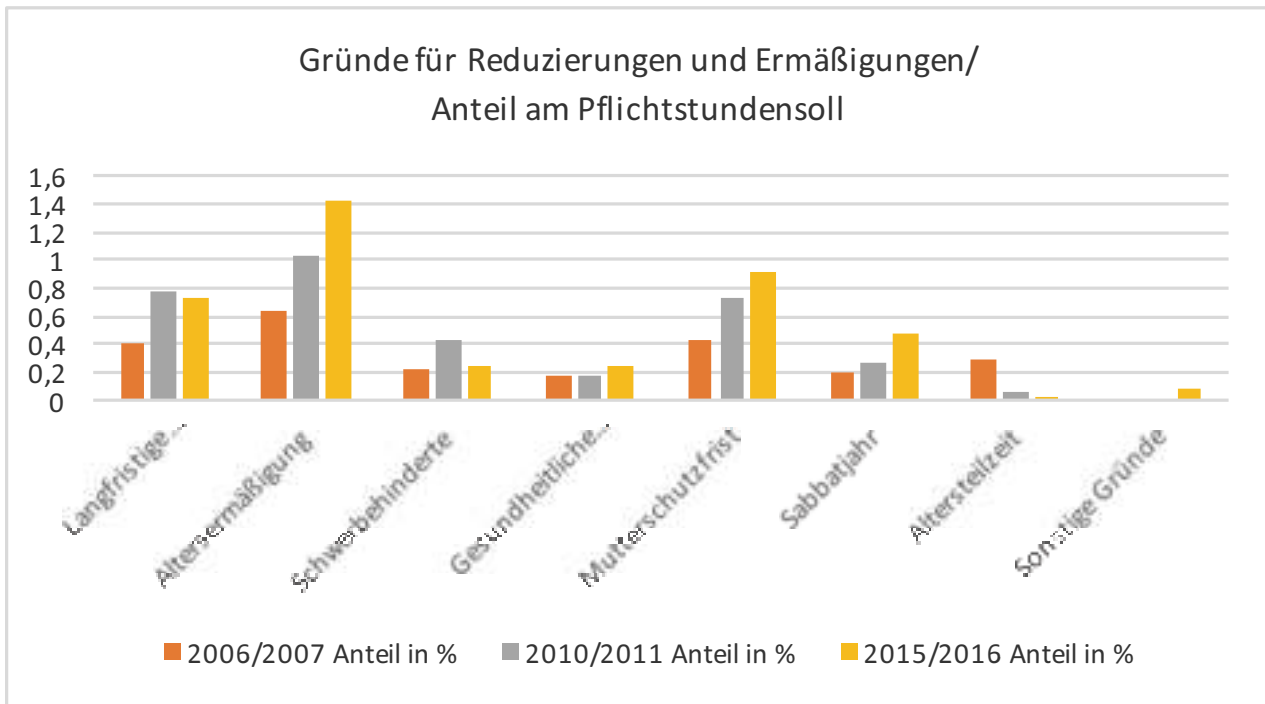




3. Zur Tätigkeit von Lehrerinnen und Lehrern gehört nicht nur der Unterricht an sich, sondern auch dessen Vor- und Nachbereitung, sowie Teilnahme an Konferenzen, Durchführung von Elternabenden und Elterngesprächen und auch die Durchführung von Klassenfahrten und vieles mehr. „Wirtschaftlichen Einsatz von Lehrkräften“ bemessen zu wollen, Lehrerinnen und Lehrer mit unterschiedlichen Fächerkombinationen im Hinblick auf ihre vermeintlich notwendige Vor- bzw. Nachbereitungszeit bewerten zu wollen, wird noch mehr Unruhe und Unzufriedenheit in die Kollegien bringen und ganz sicher nicht dem vordergründig beabsichtigten Effekt der Verbesserung der Unterrichtsversorgung dienen.

Belastungen wie Binnendifferenzierung, der Umgang mit kaum beschulbaren Kindern und Jugendlichen und die nur mit unzureichenden Ressourcen ausgestattete Inklusion ihre Belastungsfähigkeit übersteigen und sie bei voller Unterrichtsverpflichtung krank zu werden drohen. Sie handeln fürsorglich, wobei es eigentlich Aufgabe des Dienstherrn wäre, sie fürsorglich zu behandeln und mehr für die Erhaltung der Lehrgesundheit zu tun.

Erlauben Sie uns noch eine Anmerkung zum Schluss unserer Ausführungen. Auf Seite 128 unter Punkt 18.2 schreiben Sie zum Thema „Ganztagsangebote“ folgendes: „Diverse wissenschaftliche Studien belegen das ge-



4. Verringerung von Teilzeitbeschäftigung
Es muss doch die Frage erlaubt sein, warum viele Lehrkräfte Anträge auf Teilzeitbeschäftigung stellen. Sie tun es sicher nicht nur aus familiären Gründen, oder weil sie gerne ein geringeres Gehalt und auch später eine geringere Versorgung haben möchten. Sie arbeiten in Teilzeit, weil sie spüren, dass die so immens gestiegenen

nerelle Erfordernis für Ganztagsangebote.“ Wir bestreiten gar nicht, dass es Ganztagsangebote geben muss, aber hier aus einer Pressemitteilung der Bertelsmann-Stiftung zu zitieren, genügt ganz sicher nicht einem wissenschaftlichen Anspruch.

Mit freundlichen Grüßen

Sie finden uns auch im Internet unter www.ivl-sh.de

Zeit für Realisten oder: Wenn Frieden und Freiheit die Schüler verdummt

Von Dirk Meußner – stellvertr. Landesvorsitzender



geschrieben am 08.06.2017 vor dem Ergebnis der Koalitionsverhandlungen

Regionalschule Plön, 2009. Mit der abschließenden Frage einer Mutter nimmt der Elternabend einer 5. Klasse sein Ende: „Die Kinder haben ja jetzt Englisch in der Grundschule. Merkt man das?“

Meine Kollegen sehen sich schweigend an, bevor die unterrichtende Englischlehrerin sich aus dem viel zu kleinen

Stuhl erhebt und kurz wie trocken antwortet: „Nein.“ Es wird schlagartig ruhig im Raum.

Der neben ihr sitzende Mathekollege nutzt die eintretende Stille, steht nun ebenfalls auf und ergänzt ungefragt: „Dass sie Mathe hatten, merkt man auch nicht.“

An diese Begebenheit, die tatsächlich so stattfand, musste ich während des Wahlkampfes und der abschließenden Koalitionsverhandlungen in Schleswig-Holstein oft denken.

Da wurde im Wahlkampf mit Euphemismen wie „Schulfrieden“, „Bildungsgerechtigkeit“ oder der Aussicht auf „Schulfreiheit“ Politik gemacht. Man gewann den Eindruck, als hinge die Qualität der Schule vom Grad ihrer Digitalisierung oder der Frage nach G8 oder G9 ab, während das leistungsfeindliche System des gemeinsamen Lernens in der Gemeinschaftsschule bestenfalls ein unbedeutendes Detail sei, das es entweder im Interesse des „Schulfriedens“ zu bewahren gelte (SPD, Grüne“) oder welches im Namen einer „Schulfreiheit“ durch die jeweiligen Schulkonferenzen in abschlussbezogene Klassen umzuwandeln sei (CDU, FDP).

Zeit für einen ganz persönlichen Realitätscheck. Ich bitte etwaig empfundene Polemik zu entschuldigen.

Gemeinsames Lernen vs. abschlussbezogene Klassen

Ein Förderschulkollege erzählte mir kürzlich, dass man in der Sonderschulpädagogik mindestens dreifach differenziere – von Schülerinnen und Schülern, die Schwierigkeiten beim Erlernen einfachster Kulturtechniken haben bis hin zu welchen, die einen ESA anstreben können. Der gemeinsame Unterricht für alle umfasst also drei I-Stufen, ESA (ehemals HS), MSA (ehemals RS), AHR (ehemals GYM), sowie Flüchtlingskinder auf unterschiedlichem Sprachniveau, die ihren Stammklassen zugeteilt wurden. Wie läuft ein solch binnendifferenzierter Unterricht in der Praxis ab?

- Möglichkeit 1: Wir differenzieren über die Menge des Stoffes, was dazu führt, dass im Laufe der Zeit die intelligenteren Kinder langsamer arbeiten, damit sie keine Zusatzaufgaben lösen müssen. Die Idee, dass Schüler gerne als Hilfslehrer den schwächeren Schülern helfen, hält meinen Erfahrungen in der Praxis nicht stand.
- Möglichkeit 2: Wir erstellen unterschiedliche Aufgaben auf unterschiedlichen Niveaustufen. Spätestens bei anspruchsvollerem Unterricht in älteren Klassen stößt diese Methode an ihre Grenzen. Wenn die ESA-Schüler eine Inhaltsangabe und die MSA-Schüler eine Interpretation zur gleichen Kurzgeschichte schreiben, erfordert insbesondere die Aufgabe der MSA-Schüler ein längeres Unterrichtsgespräch zur Ergebnissicherung, bei dem die ESA Schüler spätestens ihre Motivation verlieren und wahlweise abschalten oder stören. Egal, ob Bienchen- oder Sternchenaufgaben. Bereits in Klasse 5 führt man den schwächsten Schülern jeden Tag unbeabsichtigt vor, dass sie weniger als die anderen leisten können. Das Gefühl, auch einmal besser als der Nachbar zu sein, wird insbesondere

den Förderschülern im gemeinsamen Unterricht für alle systematisch vorenthalten. Eine alternative Möglichkeit ist natürlich, in Formen des selbstgesteuerten Lernens Zettel zur Selbstkorrektur zu verteilen und auf das Unterrichtsgespräch zu verzichten. Man verzichtet allerdings in diesem Fall auch auf die Qualität des Unterrichts.

- Möglichkeit 3: Alle Schüler streben auf das gleiche Unterrichtsziel zu und bekommen unterschiedliche Hilfefzettel zur Erreichung des Ziels. Mit der Zunahme der Komplexität einer Aufgabe wird der entsprechende Hilfebogen natürlich länger und ebenfalls komplexer. Jeder Lehrer weiß, welche Schwierigkeiten schwache Schüler der Bereich der Selbstkompetenz und Lesekompetenz bereitet. Gerade sie brauchen den Lehrer (nicht den Moderator), der ihnen im gemeinsamen Unterricht so wenig zur Verfügung stellt.
- Möglichkeit 4: Es wird gar nicht differenziert. Alle Schüler werden auf schwachem Hauptschulniveau unterrichtet.

Es handelt sich um unterschiedliche Möglichkeiten mit gleichem Ergebnis. Das Versprechen der Gemeinschaft löst dieses System nur dahingehend ein, dass die Bildungsqualität auf allen Niveaustufen gleichermaßen sinkt. Durch gleichzeitig absinkende Anforderungen der zentralen Abschlussprüfungen fällt dies allerdings erst dem Ausbildungsbetrieb auf, der unsere Schüler entsprechend nachschulen muss.

Die Vergangenheit: Schulfrieden vs. Realität

Warum implodiert dieses System nicht? Nun hat man es nicht bei dem Abbau des differenzierten Systems belassen. Die forcierte Abschaffung der Noten und des Sitzenbleibens führen zum mühelosen Aufstieg in die 9.Klasse einer Gemeinschaftsschule selbst bei Leistungsverweigerung. Es macht, gerade für Schüler aus bildungsschwächeren Familien, keinen sichtbaren Unterschied, ob sie sich anstrengen. Also strengen sie sich oft nicht an. Die Abschaffung des Leistungsprinzips führt

insbesondere bei den Bildungsverlierern zu Schulabsentismus und Leistungsverweigerung, die oft zu planmäßigen Unterrichtsstörungen führen. Das Klima in unseren Schulen ist rauer geworden, um es einmal vorsichtig zu formulieren. Ein Schulfrieden ist das nicht. Ein zentrales Versprechen der Befürworter der Gemeinschaftsschule und der „Bildungsgerechtigkeit“ war immer, dass keine Schüler ohne Abschluss die Schule verlassen sollten. Wenn mangelnde Leistung bis zum 9. Schuljahr weder mit Sitzenbleiben noch mit schlechten Noten sanktioniert werden, kann man sich vorstellen, wie die Zeugnisse in Klassenstufe 9 aussehen. So ist es nicht verwunderlich, dass die Zahl der Schüler, die eine Gemeinschaftsschule ohne Schulabschluss verlassen,



Foto: H. Rhenius

steigt. Der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion und damalige Vertreter der Küstenkoalition, Martin Habersaat, sagte auf der Podiumsdiskussion der IVL vor den Landtagswahlen sinngemäß, dass es sich dabei um nur wenige Schulen mit dafür recht hohen Zahlen von Abgängern ohne Schulabschluss handeln würde. Diese müsse man sich genauer anschauen.

Man sollte aus meiner Sicht eher mit den Schulen sprechen, bei denen alle den Abschluss erhalten. Ich rede als Bezirksvorsitzender und stellvertretender Landesvorsitzender der IVL mit vielen Lehrkräften unterschiedlicher Schulen. Es ist doch eine Tatsache, dass gerade die leistungsverweigernden Schüler am Ende des 9. Schuljahres

mit schwach ausreichenden Leistungen pädagogisch ausgeschult werden, um sich ein Wiederholungsjahr dieser Problemschüler zu ersparen.

Der einzige Grund, weshalb dieses System nicht implodiert, sind engagierte Lehrkräfte, die trotz der politisch verordneten Erschwernisse und zunehmender Belastungen, eine gute Arbeit machen. Es ist lächerlich, dass die Küstenkoalition jahrelang in unserem Bildungssystem keinen Stein auf dem anderen gelassen hat, es von jeglichem Leistungs- und Anspruchsdenken entkernt hinterlassen hat und im Wahlkampf jede Verbesserung des Systems als Angriff auf den Schulfrieden verbrämt hat.

Die Zukunft: Schulfreiheit vs. Realität

Schauen wir in die Zukunft. Es wird unter einer CDU geführten Landesregierung sicher moderate Verbesserungen geben. Auf den großen Wurf warten wir vergeblich. Dies liegt nicht nur an der Regierungsbeteiligung der Grünen, sondern an der Verzagtheit der bürgerlichen Parteien. Während die CDU auch notfalls gegen den Willen der Gymnasien vor Ort flächendeckend verpflichtend G9 einführen möchte, erweisen sie sich bei der Einführung abschlussbezogener Klassen in den Gemeinschaftsschulen als Freunde der Freiheit. Die Schulkonferenzen vor Ort sollen nach Willen der FDP und der CDU über die Differenzierung an den Gemeinschaftsschulen entscheiden. Hätte es eine Abstimmung in den Schulkonferenzen bei der Abschaffung der Realschulen gegeben, würden wir heute noch Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) heißen. Doch während der Abbau der Bildungsqualität politische Vorgabe war, ist deren Aufbau nun anhängig von der scheinbaren Freiheit der Schulen vor Ort. Dass sich nun reihenweise Schulen für die Errichtung abschlussbezogener Klassen entscheiden werden, ist unwahrscheinlich. Zum einen wurden in den letzten Jahren viele Schulleiterstellen an den Gemeinschaftsschulen mit Personen neu besetzt, die politisch klar zu deren Fürsprechern gehören. Ausgeschriebene Koordinatorenstellen enthielten oft schon in der Funktionsbeschreibung, etwa der „Koordinierung des gemeinsamen Lernens“, die erwünschte Ausrichtung der Bewerber. Gegen die Schulleitung lässt sich vermutlich nur schwer eine Mehrheit in der Schulkonferenz organisieren. Zugleich wurden viele erfahrene Hauptschul- und Realschullehrer pensioniert, die noch ein funktionierendes Schulsystem erlebt haben. Auch wenn hohe Krankenstände anderes vermuten lassen, verteidigen

jüngere Kollegen oft die Zustände, die sie krankmachen. Zuletzt hat man den Lehrerinnen und Lehrern in den vergangenen Jahren Unmengen an zusätzlicher Arbeit für die Verwirklichung einer realitätsfremden Bildungsutopie abverlangt, sodass vielfach die Kraft für die notwendigen Veränderungen fehlt.

Die Gegenwart-Fazit

Es gibt keinen wissenschaftlichen Beweis für die Überlegenheit eines binnendifferenzierten Unterrichtes. Die Gemeinschaftsschule ist weder leistungsorientiert noch bildungsgerecht. Bei aller Skepsis gegenüber internationalen Bildungsstudien: Hätte man Bayern separat gewertet, wäre das Bundesland mit dem am stärksten differenzierten Schulsystem Europameister. Ich sehe uns als als Mitglied im VDR schon lange nicht mehr als „Verband Deutscher Realschullehrer“ in der Vergangenheit verhaftet, sondern in einem „Verband der Realisten“ auf dem Weg in die Zukunft.

Die neue Landesregierung muss, wenn sie ihre Absicht einer Steigerung der Bildungsqualität ernst meint, diese Zukunft aktiv gestalten statt den politischen Streit in die Lehrerkollegien zu tragen. Die Umwandlung des integrativen Systems in ein kooperatives, in dem „gemeinsam unter einem Dach, aber auf verschiedenen Wegen“ gelernt wird, wie unsere Vorsitzende Grete Rhenius in einer Pressemitteilung vorschlug, wäre ein vernünftiger Weg, um Bildungsqualität zu steigern, ohne die Schulen zu überfordern. Sollte alles bleiben wie es ist, werden wir als einzige Vertretung der Lehrerinteressen, die für ein differenziertes Schulsystem eintritt, diese Interessen unserer Mitglieder auch lautstark vertreten. Die Zukunft gehört uns!

Wir wollen in Kontakt bleiben

Die Kommunikation mit unseren Mitgliedern kann nur dann gut sein, wenn wir jeden Einzelnen auch erreichen können. Leider ist das nicht immer der Fall. Post kommt zurück, weil die Anschrift sich verändert hat, E-Mails werden als nicht zustellbar deklariert und der Bankabruf läuft ins Leere. Bitte wenden Sie sich an unseren Landesgeschäftsführer oder verwenden Sie doch einfach das auf unserer Homepage zur Verfügung stehende Online-Formular im Mitgliederbereich, um uns die Veränderungen mitzuteilen. Wir möchten, dass Sie für uns erreichbar bleiben und wir den Kontakt untereinander nicht verlieren.



Hauptversammlung der dbb Landesfrauenvertretung

Von Elke Pries Hoffmann – Frauenbeauftragte der IVL



Die Landesbibliothek der Landeshauptstadt Kiel war am 16. Mai 2017 Veranstaltungsort dieser einmal jährlich stattfindenden Versammlung.

Die **Vorsitzende der Landesfrauenvertretung des Deutschen Beamtenbundes (dbb), Regina Heick**, leitete die Veranstaltung.

Sie wies auf Fortbildungsveranstaltungen des dbb hin, die größtenteils von den Verbänden bezahlt würden. Sie seien lohnend und gut besucht.

Für die Arbeit im dbb wird Nachwuchs gesucht, auch in Funktionsstellen. Frau Heick wünscht sich Frauen im Landesvorstand, wo auch die Stelle des/der stellvertretenden Landesvorsitzenden neu zu besetzen ist.

Eine weitere Stelle ist im Vorstand der Landesfrauenvertretung zu besetzen.

Wir wollen die Anzahl der aktiven Frauen auf jeden Fall erhöhen und werden zu unseren nächsten Veranstaltungen je eine weitere Frau bitten, uns zu begleiten, um somit mehr Frauen die Möglichkeiten der Teilnahme zu geben.

Frau Heick wies auf den Newsletter der Frauenvertretung hin, dessen Texte nicht durch ein Copyright geschützt sind, so dass sie jederzeit von allen genutzt werden können und auch weitergeleitet werden dürfen.

Der **dbb Landesbundvorsitzende, Kai Tellkamp**, wies in seiner Rede auf zwei wichtige Punkte im Bereich der Frauenarbeit hin:

- Gerechtigkeitfrage (Auswirkung der Teilzeitarbeit auf Pension und Karriere – Familie – Beruf)
- Nachholbedarf bei Einbindung von Frauen in der täglichen Gewerkschaftsarbeit

2018 wird es in der Kieler Woche den dbb Nordtreff geben und am 7. September den Landesgewerkschaftstag.

Frauen und auch Jugendliche sollen für die Gewerkschaftsarbeit gewonnen werden.

Wünsche, die wir für Bildungsprogramme haben, sollen wir dem dbb mitteilen. So soll die Basis stärker eingebunden werden: zu agieren statt nur zu reagieren, das wäre ein nützliches Vorgehen.

Projektgruppen zu den folgenden vier Themen sollen eingerichtet werden:

1. Fortentwicklung des schleswig-holsteinischen Gleichstellungsgesetzes – Rechtssicherheiten optimieren.
2. Bessere Ideen für Beurteilungssysteme sollen gefunden werden.
3. Stellenbesetzungsverfahren sollen optimiert werden.
4. Definition von dem, was Führungskräfte ausmacht.

Ziele der Gewerkschaftsarbeit: Gespräche mit Politikern, um Sonderzuwendungen wie z. B. das Weihnachtsgeld wieder zu erhalten. Auch die Arbeitszeit muss verhandelt werden. Wir möchten, dass der alte Stand wiederhergestellt wird.

Verhandlungen um das Gehalt sind nur mit Gewerkschaften zu erreichen. Es ist ein Trugschluss, wenn Beamte und Angestellte meinen, es ginge auch ohne Gewerkschaften.

Das Weihnachtsgeld würde allen zugutekommen, so dass alle merken, dass für sie etwas getan wird.

Vermögenswirksame Leistungen sollten ausgebaut werden – ein weiterer Punkt.

Herr Tellkamp sprach sich dafür aus, die Altersteilzeit zu nutzen. Es ginge darum, dass ein Wissenstransfer stattfindet, indem Nachwuchskräfte von erfahrenen Arbeitskräften eingearbeitet werden.

„Altersgerechtes“ Arbeiten muss verhandelt werden, damit ältere Kolleginnen und Kollegen gesund und motiviert arbeiten können. Langzeitkonten sind möglich, werden aber aus Unwissenheit kaum genutzt.

Ziele müssen auf juristischer und auf politischer Ebene

erreicht werden, wobei die politische Ebene die erfolgreichere ist.

Wir brauchen auch Fortbildung für Männer.

Frauen sollen ihre Wünsche anmelden.

Es gab den Vorschlag, die Projektgruppen paritätisch mit Männern und Frauen zu besetzen.



Teilnehmerinnen der Landesfrauenvertretung SH 2017

Als **Vertreterin der Geschäftsführung der Bundesfrauenvertretung** sprach **Sabine Schumann** zu uns.

Punkte aus ihrer Rede betrafen die Frauenarbeit direkt:

- Bei „Ehrenämtern“ fehlt die gewerkschaftliche Arbeit: Der Chef sagt z. B.: „Da gehst du auch noch hin?“
- Gewerkschaftliche Arbeit ist politische Arbeit: Der Begriff *Frauenvertretung* ist ein wichtiger Begriff und ist nicht gleichzusetzen mit dem Begriff *Gleichstellungsvertretung*.
- Führungsfunktionen in Gewerkschaften sollten bescheinigt werden, so dass sie dem Arbeitgeber vorgelegt werden können.
- Frauen werden von Männern beurteilt, umgekehrt aber kaum Männer von Frauen.
- „Der 1. Eindruck zählt.“ Der nächste Beurteiler schaut sich die erste Beurteilung an und stellt seine eigene zunächst zurück, bevor er die Beurteilung herausgibt.
- Man beachte den Frauenförderplan!

Frau Schumann forderte uns auf: Hingehen! Hingehen zu Veranstaltungen z. B. des dbb, um mitreden zu können, Forderungen zu stellen, die allen Frauen zugutekommen können. Wenn jede Frau eine andere Frau mitnimmt zu Veranstaltungen, werden es automatisch immer mehr aktive Frauen, die sich für ihre Belange einsetzen.

Anschließend berichtete **Yvonne Deerberg, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Preetz**, über ihre Arbeit:

„Frauenarbeit ist heute wichtiger denn je.“

Seit 1994 gibt es das Gesetz zur Gleichstellung der Frauen im öffentlichen Dienst. Sie wies auch auf das geltende Europarecht hin, nach dem sich die Kommunen zu richten hätten. Ab 15 000 Einwohnern muss z. B. eine hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte eingestellt werden, ab 31. März 2017 sogar grundsätzlich in Vollzeit. Am 1. Januar 2018 müssten überall die Gleichstellungsbeauftragten in Vollzeit beschäftigt sein.

Erschreckend sei, dass 60 % der Rentnerinnen in Altersarmut leben. Das resultiert aus der Teilzeitarbeit. Das betrifft Männer bei weitem nicht so.

Gleichstellungsrelevant sind nicht nur Einstellungen, sondern auch alle personellen, organisatorischen und sozialen Themen einer Gemeinde. Die Gleichstellungsbeauftragten sind der Dienststelle zugeordnet und haben eine prüfende und beratende Funktion in der Dienststelle.

Frauengremien sollten sich mit den Gleichstellungsbeauftragten vernetzen.

Zum Schluss muss unbedingt noch ein Wort zum Veranstaltungsort gesagt werden:

Waltraud Kriege-Weber stellte uns nicht nur den angenehmen Arbeitsraum mit Erfrischungen und leckerem Obst zur Verfügung, sondern erklärte uns auch die Arbeit der Landesbibliothek, welche das „kulturelle Gedächtnis“ des Landes Schleswig-Holstein ist. Jedes in unserem Bundesland erschienene Buch wird in einem Exemplar dieser Bibliothek zur Verfügung gestellt.

Jens Ahlers erklärte uns in einem Kurzreferat die Bereiche, die es in der Landesbibliothek gibt und **Maike Manske** demonstrierte uns originale Schriften: Theodor Storms *Der Schimmelreiter* und eine Zeichnung mit japanischer Schrift und französischer Beschriftung eines anderen Autors: die Darstellung der Gesellschaft. So waren Schleswig-Holsteiner schon lange in der ganzen Welt unterwegs.

Besichtigungen des Landesarchivs können jederzeit vereinbart werden.

Wir waren alle hoch motiviert, dieses Angebot anzunehmen.

Zukunftstagung des Verbandes vom 18. bis 20. Mai 2017 in Nagold/Nordschwarzwald

Von Tade Peetz



Auch dieses Jahr fand wieder die Zukunftstagung des Verbandes statt – Ausrichter war diesmal der Landesverband Baden-Württemberg (RLV), im Vorjahr war die Veranstaltung in St. Michaelisdonn/Dithmarschen erfolgreich durch die IVL durchgeführt worden.

Stärkste Landesdelegation war die IVL, die mit den beiden stellvertretenden Landesvorsitzenden Dirk Meußner und Tade Peetz sowie dem Landesschatzmeister Lars Donner an der Tagung teilnahm.

Eingeführt in die dreitägige Veranstaltung wurde in einem heimatkundlichen Vortrag durch den stellvertretenden RLV-Vorsitzenden Andreas Kuhn und seinen Geschäftsführer Ralf Merkle, die die Entwicklung des Nordschwarzwaldes aus historischer, geologischer, geografischer und gesellschaftlicher Sicht interessant und amüsant beleuchteten.

Bei diesen Treffen – das sei angemerkt – ist es immer wieder schön, die Eigenarten jedes „Volksstammes“ in Deutschland kennenzulernen. So lässt sich der Schwabe (auch wenn Nagold zum Regierungsbezirk Karlsruhe gehört und damit von Baden aus verwaltet wird) leicht charakterisieren:

„Alles, was sich bewegt, wird begrüßt – alles, was sich nicht bewegt, wird geputzt.“

Am darauffolgenden Morgen wurden die Teilnehmer vom Finanz-Bürgermeister Hagen Breitling empfangen und erhielten einen Einblick in die kommunalen Strukturen der Stadt Nagold. Namhafte Gewerbebetriebe (z.B. ROLF BENZ) hätten in Nagold ihren Sitz und ließen die Stadt prosperieren. Der Bundesvorsitzende Jürgen Böhm nahm in dem Austausch die Gelegenheit wahr, auf die Notwendigkeit der ortsansässigen Realschule hinzuweisen, da sich aus deren Schülerschaft viele Fachkräfte für die heimische Wirtschaft rekrutierten.

In der anschließenden Arbeitssitzung hob Böhm die wichtigen Impulse, die von dieser Konferenz ausgingen, hervor und bezeichnete die Zukunftstagung als „Motor des Verbandes“. So seien z.B. die 2016 in Schleswig-Holstein erarbeiteten Vorschläge für Grundpositionen des Verbandes mittlerweile einstimmig durch den Bundesvorstand übernommen worden.



Archetypen der Lehrerpersönlichkeit – Grundlage einer integrativen Pädagogik

Von Peter Maier

Seit 35 Jahren bin ich jetzt als Lehrer tätig. Und ich darf sagen: Ja, es macht mir immer noch Freude und gibt mir einen tiefen Sinn, Schülern¹ Fachwissen zu vermitteln und sie bei ihrem Prozess der Persönlichkeitsentwicklung und Charakter- und Herzensbildung zu begleiten – auf ihrem Weg durch ihre Pubertät und hin zum Erwachsensein (Initiation). Doch das war nicht immer so.

Auf der Suche nach einem überzeugenden pädagogischen Modell

Denn vor ca. 20 Jahren hatte ich eine ziemliche Krise hinsichtlich meiner Motivation als Lehrer und es war zu befürchten, ein Burn-out zu bekommen. Ich hatte das Gefühl, dass mir als Pädagoge gerade im Umgang mit Jungenklassen noch etwas Entscheidendes fehlte. Erst als ich auf die US-amerikanische „School of lost Borders“ (www.schooloflostboarders.org) mit ihrem deutschstämmigen Gründer Steven Foster stieß, fand ich einen überzeugenden pädagogischen Ansatz, der mir die Augen öffnete und mir neue Motivation als Lehrer gab.

Als Ethnologe und jungianischer Psychologe hat Foster durch die Beobachtung des Initiations-Prozesses bei jugendlichen Indianern mit dem sogenannten „Lebensrad“ ein Modell entwickelt, das mir prädestiniert für die Selbstreflexion und die Psychohygiene als Lehrer erscheint: das Modell der menschlichen Seins-Ebenen und der Archetypen. Daraus habe ich dann das Modell der „Archetypen der Lehrerpersönlichkeit“ entwickelt, das Grundlage für eine „integrative Pädagogik“ sein kann. Denn es will beim Lehrer und beim Schüler den ganzen Menschen erfassen, nicht nur einen kognitiven Teil von ihm.

Ausgehend von einer ethnologischen Betrachtung des Menschen als ein universelles Gesamtsystem hat Foster vier menschliche Seins-Ebenen oder Wesenseigenschaften und vier entsprechende Archetypen auf einen Kreis projiziert, der wie bei einer Windrose die vier Himmelsrichtungen enthält. Jeder Richtung kann demnach eine



Seins-Ebene und ein Archetyp zugeordnet werden. Archetypen kann man vereinfacht als „Seelenprägungen“² oder Seelenfiguren“ bezeichnen.

Diese Archetypen fand Foster, wenn auch sicher nicht unter diesem Stichwort jungianischer Psychologie, als psychische Qualitäten sowohl in den alten Erzählungen und Geschichten der indianischen Stammesgesellschaften wie auch im großen Schatz europäischer Märchen und Mythen: das „Kind“, den „Krieger“, den „König“ und den „Magier“. Natürlich müssen diese Archetypen für die weibliche Psyche als „Kriegerin“, „Königin“ und „Magierin“ bezeichnet werden.

Das „Lebensrad“ als Modell der Archetypen der Lehrerpersönlichkeit





Die menschlichen Seins-Ebenen und Archetypen können wie folgt beschrieben werden:

Der Süden im Lebensrad: das „Innere Kind“

Im Süden sind der Körper und die körperlich-emotionale Ebene im Menschen anzusetzen. Als archetypische Figur gehört das „Kind“ in den Süden. Die Psychologie bezeichnet diesen Seelenaspekt auch als „Inneres Kind“. Ein Kind ist spontan, lebensfroh, natürlich, unbewusst, lebendig.

Man kann nur hoffen, dass sich jeder Pädagoge, egal wie alt er bereits ist, nicht nur rational, kontrollierend, nüchtern oder berechnend agiert und lebt, sondern sich ein Stück Kindheit und eine ursprüngliche Liebesfähigkeit bewahrt und sein „Inneres Kind“ stets zur Verfügung hat. Denn nur so kann er als Erwachsener auf die kindliche Ebene „switchen“, wenn es passend und im Unterricht notwendig ist. Er kann seine Schüler dort abholen, wo sie sich gerade geistig und vor allem emotional befinden und immer wieder spielerische Elemente in seinen Unterricht einbauen.

Der Westen im Lebensrad: der Krieger

Der Westen steht für die häufig sehr widersprüchlichen, meist unbewussten Seelenkräfte und damit für die psychische Ebene im Menschen. Gerade Jugendliche erleben ihre Pubertät häufig als Achterbahnfahrt zwischen gefühlsmäßigen Extremen. Im Westen geht es um Innenschau und Reflexion und um die zunehmende Loslösung von den Eltern.

Für diese Seelenqualität steht als Archetyp der „Krieger“. Er ficht für uns die inneren und manchmal auch äußeren Kämpfe aus, kämpft mit Dämonen, Zauberern und bösen Drachen, die unsere eigene Schattenseite symbolisieren, um schließlich den Schatz oder den Gral zu finden oder eine Prinzessin zu befreien. Der Krieger ist in der Lage, eine nach einem psychischen Wachstumsprozess zu eng gewordene alte Haut abzustreifen und uns durch eine Metamorphose zu einer neuen Identität und Authentizität als nun Erwachsener zu geleiten.

Die Kriegerqualität des Pädagogen ist gefragt, wenn gerade in wilden Pubertätsklassen Grenzen gesetzt werden müssen. Hier benötigen die Schüler bisweilen Orientierung und klare Ansagen und kein zu „softes Säuseln“. Der Lehrer muss also jeder Zeit seine Kriegerkraft zur Verfügung haben, um sich den nötigen Respekt bei Schülern zu verschaffen und ihre frisch erwachten Krieger zu domestizieren.

Der Norden im Lebensrad: der König

Der Norden enthält Klarheit, Struktur, Regeln und Übersicht in unserem Denken und Bewusstsein. Hier geht es um unseren Geist und Verstand. Dazu gehören die Fähigkeit und Bereitschaft, Verantwortung für sich selbst und andere zu übernehmen. Dem Norden ist somit die mental-systemische Ebene zuzuordnen.

Hier „wohnt“ der Archetyp des „Königs“ in uns, der mit Umsicht und Würde handelt. Beim König geht es um die Rolle des verantwortlichen und disziplinierten Erwachsenen in uns selbst. Jeder wirklich Erwachsene könnte daher als ein „König“ oder als „sein eigener König“ bezeichnet werden. Als Vater und Mutter sind König und Königin die Aufgabe übertragen, für ihre Kinder zu sorgen und sie zu beschützen.

Zur Königsaufgabe des Lehrers gehört es, Fachunterricht zu erteilen, stets den Überblick über seine Klasse zu bewahren, schwächere Schüler zu fördern, Außenseiter mit einzubeziehen, Mitgefühl zu zeigen und bei der Persönlichkeitsentwicklung, Charakterbildung und Werteerziehung der Jugendlichen aktiv mitzuwirken.

Der Osten im Lebensrad: der Magier

Der Osten schließlich steht für die Weisheit und Gelassenheit des (hohen) Alters und für die spirituelle Ebene im Menschen. Hier ist die Offenheit für das Göttliche, das Transzendente, die Verbindung zum „All-Eins“ unserer Seele anzusetzen.

Daher kann man im Osten des Lebensrades den Archetyp des „Magiers“ finden. Er bringt das Unerwartete, Überraschende, Intuitive, Kreative und Spirituelle in unseren Alltag. Somit stellt der Magier auch eine Herausforderung für den Geist und Verstand dar, der im Norden (als König) glaubt, alles kontrollieren und managen zu können.

Man kann den Lehrerberuf auf Dauer nur dann positiv gestalten, wenn man als Pädagoge in der Lage ist, seine Schüler – einem Magier gleich – immer wieder zu verzaubern: indem man ihnen seine Fächer begeisternd nahebringen, sie für Projekte motivieren oder für soziale Aufgaben gewinnen kann. Auch die Rollen als Seelsorger und Psychologe möchte ich beim Magier ansiedeln, wenn besonderes Einfühlungsvermögen gefragt ist: wenn ein naher Angehöriger oder ein geliebtes Haustier der Schüler gestorben ist, die Eltern sich gerade getrennt haben oder schulische Misserfolge zu verkraften sind.

Peter Maier

(Gymnasiallehrer, Jugend-Initiations-Mentor und Autor)

Die Titel meiner Bücher lauten:

- (1) „Initiation – Erwachsenwerden in einer unreifen Gesellschaft. Band I: Übergangsrituale“, ISBN 978-3-86991-404-6 (18,99 €, epubli-Verlag Berlin)
- (2) „Initiation – Erwachsenwerden in einer unreifen Gesellschaft. Band II: Heldenreisen.“ ISBN 978-3-86991-409-1 (19,99 €, epubli-Verlag Berlin)
- (3) „Schule – Quo Vadis? Plädoyer für eine Pädagogik des Herzens“. ISBN: 978-3-95645-659-6 (20,99 €, epubli-Verlag Berlin)

Weitere Infos und Buch-Bezug:
www.initiation-erwachsenwerden.de

-
- 1 Natürlich sind mit dem Wort „Schüler“ immer Schülerinnen und Schüler gleichermaßen gemeint, mit „Lehrer“ immer Lehrerinnen und Lehrer

Lernen Sie uns aus der Nähe kennen

werden Sie Schnuppermitglied! Völlig kostenfrei und mit allen Rechten eines ordentlichen Mitglieds.

- Ein halbes Jahr für examinierte Lehrerinnen und Lehrer.
- Ein ganzes Jahr für Studierende und Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst.

Bundesseniorenvertretung mit anspruchsvollem Programm

Von Werner Hillen (Seniorenvertreter des VRB-Saar e.V.)



Zum dritten Mal kamen vom 23. bis 25. April 2017 im dbb forum Siebengebirge in Königswinter-Thomasberg Seniorenvertreter des VDR und des VRB (Rheinland-Pfalz und Saarland) auf Bundesebene zusammen. Sie tauschten sich über aktuelle Themen aus, um ihre Kolleginnen und

Kollegen in den Landesbünden informieren und beraten zu können. Christa Nicklas, die wie immer die Leitung übernommen hatte, wartete mit einem sehr interessanten und abwechslungsreichen Programm auf. Von der Problematik der Flüchtlingsbetreuung erstreckte sich die Thematik über bildungspolitische Entwicklungen, über Beamtenversorgung bzw. Rente bis hin zu aktuellen Informationen aus der dbb Seniorenvertretung. Eine Überraschung und ein absolutes Highlight dieser Veranstaltung war ein abendlicher Ausflug zum Drachenfels.

Gespannt waren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, was die Lehrerin Marianne Schäfer, die zusammen mit dem Flüchtling Ali Reza Basti aus dem Saarland angereist war, über ihre Erfahrungen mit Flüchtlingen zu erzählen wusste. Nach der sehr emotionalen Geschichte von Ali Reza über seine Flucht vom Iran nach Frankfurt stellte Frau Schäfer das Klarenthaler Modell der Katherine-Weißgerber-Schule vor. In ihrer Schilderung schwingen das Engagement und die Begeisterung mit, wie sie sich als Lehrerin und „Ersatzmutter“ für diese unbegleiteten Flüchtlinge einbringt.

Sie betreut eine internationale Klasse mit Jugendlichen aus sechs bis acht verschiedenen Nationen, die zum Teil noch nicht alphabetisiert waren. „Die Herkunft der Jugendlichen war so bunt gemischt, dass Deutsch gespro-

chen werden musste“, erläuterte die Pädagogin. Sie macht deutlich, dass jeder dieser Flüchtlinge sein eigenes Schicksal hat und durch Verfolgung, Ermordung und Verletzung der Angehörigen, Folter, Kinderarbeit, Alleinsein, Todesangst usw. traumatisiert sei. Diese Traumatisierung wirke sich auf Unterricht und Schule aus. Sie müsse mit Hilfe von Sozialpädagogen aufgearbeitet werden. Eine gelingende Integration sei deshalb auch nur durch ein gelingendes Netzwerk möglich. Sie nennt zwölf verschiedene Institutionen, mit denen die Schule in Verbindung steht, damit die Jugendlichen umfassend betreut werden können und Aussicht auf einen erfolgreichen Hauptschulabschluss haben. Dem Lehrer komme dabei eine zentrale Rolle zu: Er müsse Beziehungs-, Sozial- und Netzwerkarbeit leisten, Sprach-, Kultur- und Berufsvermittler sein, Integrationsförderer und -forderer und ein ausgefeiltes Unterrichts- und Erziehungskonzept erstellen.

Wie spannend dieser Einstieg in die Veranstaltung war, zeigte das große Interesse der Teilnehmer, die zahlreiche Fragen an Frau Schäfer, Ali Reza und Frau Gierend, die mitgereiste Sozialpädagogin aus Klarenthal, hatten. Im Gegensatz zu einer „Lernfabrik“ Schule wurde die Bedeutung der Erziehungs- und Beziehungsarbeit herausgestellt und die Notwendigkeit eines „menschlichen Lehrers“ als Wissensvermittler von den Teilnehmern erkannt. Frau Schäfer verwies darauf, dass auch die ehrenamtlich Tätigen eine entsprechende Sensibilisierung zeigen müssten; darin liege bisweilen ein Problem.

Der weitere Nachmittag stand im Zeichen von verbandsinternen und verbandspolitischen Themen. Der neue Landesvorsitzende des VRB von Rheinland-Pfalz, Timo Lichtenthäler, stellte sein neues Konzept vor unter dem Thema „Wir stärken die Reale Bildung gemeinsam“. Im Vorfeld der Personalratswahlen in Rheinland-Pfalz sind auch moderne Medien wie Youtube kein Tabu mehr. Durch einen Film werden die Grundpositionen für die PR-Wahlen deutlich gemacht, Standpunkte und Forderungen genannt. Verschiedene Personen sprechen verschiedene Themen an.



Fotos: Werner Hillen

im Internet: www.beamtenversorgung-in-bund-und-laendern.de
in der Literatur: Die Beamtenversorgung in Bund und Ländern, Stand: Mai 2016,
Deutscher Beamtenwirtschaftsring e.V., Ratiborweg 1, 40231 Düsseldorf
Kontakt: Mail: info@d-b-w.de, Tel.: 0221/7300335; Preis: 7,50 €

Die aktuellen Neuregelungen der Beamtenversorgung werden verständlich erläutert.

Mit dem Gesetzestext des BeamtVG und einem Anwaltsverzeichnis!

Der Bundesvorsitzende des VDR, Jürgen Böhm, äußerte sich anschließend zur bildungspolitischen Entwicklung. „Es ist unsere wichtigste Aufgabe, insbesondere den Heranwachsenden die Grundwerte zu vermitteln, die unsere Gesellschaft ausmachen, um so politischem und religiösem Extremismus vorzubeugen und entgegenzuwirken.“ Entsprechend hat er seinen Vortrag unter das Thema „Demokratie, Verantwortung, Teamgeist, Respekt, Toleranz, Identität“ gestellt. Seine Aufgabe als Lehrkraft sieht er darin, „die Wertevermittlung entsprechend exponiert zu platzieren. „Mit einem klaren Wertekanon muss den Schülerinnen und Schülern ein Werkzeug an die Hand gegeben werden, dass sie vor extremistischem und antidemokratischem Gedankengut schützt und ihnen klare Lebensperspektiven eröffnet.“ Politische Bildung ist für ihn deshalb mehr als nur Sozialkundeunterricht. Politische Bildung und Demokratieerziehung sind für ihn Unterrichtsprinzip, sind eine Hauptaufgabe von Bildung, ein Mega-Thema der Zukunft. Dazu gehören für ihn auch Digitalisierung und Medienbildung.

Ein Mega-Thema des zweiten Seminartages war für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Beamtenversorgung sowie die Renten- und Besoldungsanpassung, wofür Andreas Becker, Leiter des Geschäftsbereichs Besoldung und Versorgung des dbb, informierte. Da alle Inhalte wegen ihrer Komplexität an dieser Stelle nicht dargestellt werden können, sei hier vorab für alle Interessenten auf die entsprechende Quelle verwiesen:

Mit einem Überblick über die Beschäftigten in der Bundesrepublik begann Andreas Becker seinen Vortrag. Von den rund 82 Millionen Einwohnern sind ca. 43,48 Millionen erwerbstätig, 20,8 Millionen beziehen eine Rente. Im öffentlichen Dienst sind 4,6 Millionen beschäftigt, 1,5 Millionen sind Versorgungsempfänger. Die Altersversorgung eines Versorgungsempfängers setzt sich aus der Beamtenversorgung einschließlich einer evtl. betrieblichen Altersversorgung und einer privaten Altersversorgung (Rürup, Riester) zusammen. Bezugsgrößen



für die Berechnung sind die ruhegehaltsfähigen Dienstbezüge, die ruhegehaltsfähige Dienstzeit und die jährliche Steigerungsrate.

Lag bis zum Inkrafttreten des Versorgungsänderungsgesetzes 2001 der Ruhegehaltssatz für die Beamten noch bei 75 %, so liegt er heute erst nach 40 Jahren Dienstzeit bei 71,75 %. Becker wies darauf hin, dass es seit 2001

ihm nach mehr als fünf ruhegehaltsfähigen Dienstjahren (5 Jahre und 1 Tag) eine amtsunabhängige Mindestversorgung von 1.575 € bezahlt, ist er verheiratet, erhält er 1.639 €.

Es würde den Rahmen dieses Artikels sprengen, wenn die sehr komplizierte Materie der Doppelversorgung im Ruhestand hier dargestellt würde, die anschließend



keine weitere Absenkung mehr gab. Doch es gäbe keine Garantie auf diese 71,75 %, auch nicht, dass die Endstufe nach 40 Jahren erreicht wird. Aus dieser Perspektive sei eine eigenverantwortliche Altersversorgung durchaus sinnvoll. Außerdem sei zu bedenken, dass für jedes Jahr vorzeitigen Ruhestands sich das Ruhegehalt durch Versorgungsabschlag jährlich um 3,6 % vermindert, höchstens jedoch um 10,8 %. Dieser Versorgungsabschlag erhöht sich in Zukunft auf 14,4 %, da die gesetzliche Altersgrenze auf 67 Jahre erhöht wurde.

Für gesellschaftlich anerkannte Zeit wie z. B. Pflege oder Kindererziehung wird ein Zuschlag zum Ruhegehalt bis 100 € für max. drei Jahre gezahlt, aber nicht über 71,75 % hinaus. Kann ein Beamter z. B. wegen einer Erkrankung schon sehr früh seinen Beruf nicht mehr ausüben, wird

Ubbo Links vom Bayerischen Realschullehrerverband behandelte. Er sprach von Witwengeld und Witwenrente, die nach altem und neuen Recht berechnet wird, von kleiner und großer Witwenrente und von der Höchstgrenzenregelung. Auch die Versorgungsehe, Waisengeld und Halb-Waisengeld waren ein Thema, ebenso wie Rente wegen Erwerbsunfähigkeit und Rentenminderung. Beispiele für die Rentenberechnung verdeutlichten die Ausführungen.

Was ein Versorgungsempfänger im Ruhestand dazu verdienen kann, war für die Teilnehmer ebenfalls von großem Interesse. Eher skeptisch standen sie einem Reformansatz zur Sanierung der sozialen Sicherungssysteme gegenüber, der Bürger- oder Erwerbstätigenversicherung. Ziel dieser Bestrebungen ist es, für alle

Bürgerinnen und Bürger ein einheitliches Versicherungssystem zu schaffen. Also auch für die Beamten! Jeder muss der Bürgerversicherung beitreten. Der dbb lehnt diese Bürgerversicherung ab.

Wie gut taten die Organisatoren dieser Tagung daran, eine Exkursion zum Drachenfels zu planen. Allen Teilnehmern rauchten nach so viel Input die Köpfe. Keiner war mehr richtig aufnahmefähig. Frische Luft und Abwechslung waren dringend notwendig. Da war es gut, dass Wilfried Rausch zu den Teilnehmern gehörte, der in diesem schönen Fleckchen Erde seine Heimat hat. Er war ein sachkundiger Fremdenführer bei dem Ausflug zum Drachenfels. Mit der ältesten Zahnradbahn Deutschlands erreichten wir das Plateau, von dem wir einen herrlichen Panoramablick auf den Mittelrhein mit der Insel Nonnenwerth hatten, auf die Höhenburgen des Siebengebirges, die Weinberge, auf Rhöndorf mit dem Konrad-Adenauer-Haus und die Köln-Bonner Bucht. Winfried Rausch zeigte, dass er nicht nur ein guter Kenner dieser Landschaft ist, er überraschte uns auch mit profunden Kenntnissen der regionalen Geschichte.

Am letzten Seminartag war der stellvertretende Vorsitzende der Seniorenvertretung des dbb, Klaus-Dieter Schulze, ins dbb forum gekommen, um über Aufgaben und Inhalte der Bundesseniorenvertretung zu informieren. Durch Gespräche mit Fachministern auf Bundes-

ebene und mit Bundestagsabgeordneten ist er immer am Puls der Zeit. Es werden Fachtagungen initiiert, die für Senioren relevante Themen wie Sicherheit im Alltag, Mobilität, Internet und Pflege anbieten. Auch zwei Hauptversammlungen finden im Jahr statt, bei der die Einzelgewerkschaften des dbb vertreten sind.

Ein wichtiges Anliegen für Klaus-Dieter Schulze ist die Sicherung einer auskömmlichen Rente. Ein angemessener Lebensstandard sollte gewährleistet sein und Altersarmut vermieden werden. Als wichtige Maßnahmen sieht er die Anhebung des Mindestlohnes, den Abbau von Teilzeitstellen und von Leiharbeit. Die Klein- und Mittelbetriebe sollten gefördert werden.

Aus dem Publikum wurden zwei Wünsche an ihn herangetragen. Eine Rentenauskunft durch den dbb wäre wünschenswert, damit die Betroffenen rechtzeitig Planungssicherheit erhalten. Außerdem sollte sich der dbb stark machen gegen Altersdiskriminierung, die sich vor allem bei der Kreditvergabe, der Autoversicherung und der Reiserücktrittsversicherung bemerkbar machen.

Christa Nicklas dankte zum Schluss allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für die engagierte Mitarbeit. Sie bat darum, die dbb-Informationen und das Angebot von Veranstaltungen an die Basis weiter zu geben.



Kosteneinsparungen bei Kreditkarten



Ab 2018 dürfen sich alle Besitzer einer Mastercard Gold Verbandskreditkarte auf einen weiteren Vorteil freuen. Wer öfters

mit der Bahn oder Flugzeug reist, weiß, dass ein Zuschlag bei Bezahlung mit der Kreditkarte erhoben wird. Erfreut hat das niemand. Für die Anbieter der Leistung eine gute Zusatzeinnahme. Ob die Erhebung gerechtfertigt oder nicht war, sei dahingestellt. So hat die nationale Fluggesellschaft Lufthansa bereits seit 2011 eine Gebührenstaffel für innerdeutsche 5€, europäische 8€ und interkontinentale Flüge 18€ an Gebühren bei Kartenzahlung eingeführt. Sie wurde *Optional Payment Charge* oder im Fachjargon *OPC* genannt, ist aber nichts Anderes als eine dreiste Zusatzgebühr. Die Bahn verzichtete sogar auf einen neuen Namen. Sie war schlicht und einfach ein weiterer der vielen Zuschläge. Ab dem 31. Mai 2016 erfolgte bei Lufthansa eine Änderung. Jetzt betrug die Kreditkartengebühr generell 1,65 Prozent des Ticketbetrages, maximal wurden jedoch 25 Euro berechnet. Kreditkartengebühren kennen auch andere Fluggesellschaften. Vueling etwa verlangt 3 Prozent, Easyjet, Ryanair und Eurowings verrechnen 2 Prozent, Condor gar nur 1 Prozent. Air Berlin belastet je nach Flugdauer zwischen 7 und 18 Euro. Andere Airlines dagegen verlangen überhaupt keine Gebühr für die Kreditkartenzahlung. Ein uneinheitlicher Mischmasch in Europa dem die EU mit einem neuen einheitlichen Verfahren ein Ende gemacht hat.

Nun hat der Bundestag das Verbot dieser Zuschlagsregelung beschlossen und damit für die Umsetzung der zweiten Zahlungsdienste-Richtlinie der Europäischen Union von 2015 in nationales Recht gesorgt.

Das Gesetz tritt zum 1. Januar 2018 in Kraft. Bis dahin müssen auch Airlines wie die Lufthansa ihre vor einigen Jahren eingeführte Kreditkarten-Gebühr (OPC) wieder abgeschafft haben. Ebenso müssen auch Billigflieger

und die Bahn auf die Erhebung von zusätzlichen Entgelten bei Kartenzahlung verzichten. Bisher waren solche Aufschläge zulässig und gerade Low Cost Airlines haben darin eine lukrative Einnahmequelle gesehen.

Die Kreditkarten-Zahlung muss ohne weitere Gebühren akzeptiert werden. Dies gilt auch für Zahlungsarten wie Überweisungen und Lastschriften in Euro sowie Debitkarten (ehemalige EC-Karten). Bei den Kreditkarten darf es keine Gebühren für weit verbreitete Karten wie Mastercard und Visa geben. Wer hingegen mit wenig verbreiteten Karten wie American Express oder Diners Club bezahlt, den dürfen die Fluggesellschaften sowie die anderen Anbieter auch künftig gesondert zur Kasse bitten. Auch Zahlungen mit Angeboten wie Paypal können weiter mit Gebühren belastet werden.

Hintergrund, was die Kreditkarten betrifft: Nur für Vier-Parteien-Kartenzahlverfahren wie Master und Visa wurde vor zwei Jahren die Deckelung der Händlergebühr auf 0,3 Prozent des Umsatzes vorgeschrieben. Damit kostet der Einsatz dieser Karten die Händler kaum noch etwas. Anders ist dies beim Drei-Parteien-Verfahren von American Express: Dieses darf weiterhin hohe Entgelte vom Handel verlangen. Somit sind Gebühren für Kunden, die Karten dieses Anbieters einsetzen, auch künftig zulässig. Eine Anpassung für diese Karten an die EU Regeln 0,3% ist ab 09. Dezember 2018 vorgesehen.

Eine erfreuliche Änderung, die der Mastercard Gold Verbandskreditkarte einen weiteren monetären Vorteil beschert und das Reisen billiger macht.

John Kames
Commercial Cards
Consulting and Sales
Tel. 06081 – 687286
E-Mail john.kames@t-online.de

Sie finden uns auch im Internet unter
www.ivl-sh.de

Ein Ehrenmitglied der IVL wurde 95



Am 8. 4. dieses Jahres feierte Schulrat i.R. Petersen-Schmidt seinen 95. Geburtstag. Sein Bekanntheitsgrad, die vielen Ehrenämter in seinem zurück liegenden Leben sowie sein angegriffener Gesundheitszustand führten dazu, dass unsere kleine IVL-Delegation (Johannes Willer und ich) erst am Nachmittag des 18. April unseren Geburtstagsbesuch – mit einem Blumenstrauß und einer Schachtel erlesener Pralinen – machen konnten. Der Jubilar hatte schon vorher am Telefon signalisiert, dass es etwas länger dauern würde, bevor er uns die Haustür öffnen könnte. Er begrüßte uns in seiner gewohnt gewinnenden, freundlichen Art, obwohl Schicksalsschläge ihn in der Zeit nach unserem letzten Besuch heimgesucht hatten: Seine Ehefrau und kürzlich auch der frühere Heider Bürgermeister Enno Wilkens, mit dem ihn seit seiner kommunalpolitischen Arbeit eine enge Freundschaft verbunden hatte, waren inzwischen verstorben.

Im Gespräch gingen die Erinnerungen zurück in die Vergangenheit, als er mit großer Begeisterung Lehrer gewesen war und von einer seiner Klassen später immer wieder zu den Klassentreffen eingeladen wurde. Er berichtete aus seiner Zeit als Schulrat und von bekannten Weggefährten. Dabei räumte er ein, dass auch früher nicht alles gut gewesen sei, übte aber auch verhaltene Kritik an der heutigen Schulsituation. Helmut Petersen-Schmidt hat neben seinem Beruf mit seinen Begabungen und der Liebe zu den Mitmenschen, vor allem zu den Schülerinnen und Schülern, viele Ehrenämter ausgeübt.

Unser Verband kann auf unser Ehrenmitglied stolz sein und sich glücklich schätzen, dass er aus Überzeugung dem Verband die Treue gehalten hat, während viele andere bei ihrer Pensionierung oder wenig später dem VDR (bzw. der IVL) den Rücken gekehrt haben.

Wir wünschen Herrn Petersen-Schmidt – trotz der naturgegebenen gesundheitlichen Einschränkungen – ein gutes neues Lebensjahr!

Wolfgang Müller



Geburtstagskinder aus unseren Reihen



Der 90zigste unseres Mitglieds Hans-Joachim Feldner
(Fotos: Gabriele Kreutzfeld)



Der 95zigste unseres Mitglieds Jürgen Bennöhr

Geburtstage zu denen wir gratulieren

Juli

- 01.07. Detlef Albrecht, 24558 Henstedt-Ulzburg, 79 Jahre
- 01.07. Margret Fiebig, 23617 Stockelsdorf, 72 Jahre
- 02.07. Klaus Heinrich Laß, 24623 Großenaspe, 69 Jahre
- 05.07. Horst Preuß, 25795 Stelle-Wittenwurth, 83 Jahre
- 05.07. Wolfgang Pieck, 25946 Nebel auf Amrum, 76 Jahre
- 05.07. Detlef Bülow, 24558 Henstedt-Ulzburg, 78 Jahre
- 06.07. Rolf Ladebusch, 25541 Brunsbüttel, 81 Jahre
- 07.07. Wolfgang Gebers, 25436 Uetersen, 65 Jahre
- 10.07. Christiane Berikoven, 34131 Kassel, 67 Jahre
- 10.07. Ingrid Boldt, 24241 Schliensee, 67 Jahre
- 11.07. Ruth Schwarz, 24223 Schwentinetal, 74 Jahre
- 13.07. Gisela Vollmer, 23738 Lensahn, 89 Jahre
- 15.07. Robert Patett, 25591 Ottenbüttel, 91 Jahre**
- 17.07. Rolf Winter, 23669 Lübeck, 88 Jahre
- 17.07. Marianne Behnke, 24109 Kiel, 68 Jahre
- 19.07. Gerhard Scheer, 25980 Westerland, 91 Jahre**
- 19.07. Otto Abegg, 24768 Rendsburg, 69 Jahre
- 20.07. Barbara Korth, 24119 Kronshagen, 65 Jahre

- 22.07. Karl-Heinz Weber, 21544 Siebeneichen, 73 Jahre
23.07. Horst Berke, 24306 Plön, 83 Jahre
23.07. Ingrid Schwerzel-Schoer, 24306 Plön, 79 Jahre
23.07. Ingeborg Oulie, 24119 Kronshagen, 69 Jahre
24.07. Roger Hepp, 24634 Padenstedt, 83 Jahre
26.07. Margit Schrader, 25693 St. Michaelisdonn,
74 Jahre
27.07. Ingrid Schnieder, 82327 Tutzing, 78 Jahre
29.07. Rolf Rehder, 24119 Kronshagen, 78 Jahre
30.07. Brigitte Leßmann, 24161 Altenholz, 72 Jahre
30.07. Heidrun Schröter, 23795 Bad Segeberg, 66 Jahre
31.07. Arnold Mex, 21465 Wentorf, 78 Jahre

August

- 01.08. Gude Penzich, 24148 Kiel, 75 Jahre
03.08. Waltraut Feldmann, 25576 Brokdorf, 93 Jahre
04.08. Bernd Westphal, 23701 Eutin, 73 Jahre
05.08. Margrit Gebel, 24245 Kiel, 66 Jahre
07.08. Johanna Mißfelder, 23899 Gudow, 72 Jahre
09.08. Winfried Lehmann, 25724 Neufeld, 66 Jahre
11.08. Hedwig Altmann, 24161 Altenholz, 79 Jahre
11.08. Hildegund Bornhold-Hansen, 23562 Lübeck,
76 Jahre
11.08. Bärbel Pollex, 24960 Glücksburg, 72 Jahre
11.08. Hermann Schultz, 23911 Mustin, 69 Jahre
13.08. Helmut Müller, 23843 Bad Oldesloe, 82 Jahre
13.08. Gerhard Kreft, 24233 Raisdorf, 68 Jahre
14.08. Rosem Hohensee-Fröhlich, 24111, 68 Jahre
16.08. Inge Bertz, 24360 Barkelsby, 68 Jahre
17.08. Gerhard Lange, 25746 Heide, 76 Jahre
18.08. Erich Matthiesen, 22846 Norderstedt, 70 Jahre
19.08. Helmut Ramm, 25884 Norstedt, 66 Jahre
19.08. Detlef Trawinski, 25355 Barmstedt, 65 Jahre
20.08. Gudrun Hagendorff, 24147 Klausdorf, 78 Jahre
22.08. Ingrid Lucht, 21521 Aumühle, 76 Jahre
22.08. Wolfgang Buck, 24641 Sievershütten, 70 Jahre
24.08. Klaus Offermann, 24376 Kappeln, 67 Jahre
27.08. Peter Klimek, 23879 Mölln, 80 Jahre
27.08. Ernst-Martin Mahn, 23570 Lübeck, 75 Jahre
28.08. Petra Ziegler, 22549 Hamburg, 71 Jahre
29.08. Anke Wortmann, 24119 Kronshagen, 75 Jahre
29.08. Michael Strobel, 24640 Schmalfeld, 71 Jahre

- 30.08. Eva Allaburda, 25746 Heide, 65 Jahre
31.08. Karl-Peter Szameit, 24576 Hitzhusen, 68 Jahre

September 2016

- 02.09. Uve Cornelssen, 23566 Lübeck, 85 Jahre
04.09. Anneliese Pruns-Tesdorff,
24558 Henstedt-Ulzburg, 73 Jahre
04.09. Hartmut Bennöhr, 25791 Linden, 69 Jahre
06.09. Heike Engel, 25704 Elpersbüttel, 65 Jahre
07.09. Elsbe Plagentz, 23758 Oldenburg, 77 J.
09.09. Jochen Müller-Harboe, 23795 Bad Segeberg,
75 Jahre
11.09. Brigitte Stenkat, 25451 Quickborn, 74 Jahre
13.09. Ulrike Lietmann, 25474 Hasloh, 71 Jahre
14.09. Klaus-Dieter Krüger, 24229 Flintbek, 72 Jahre
15.09. Peter Kneib, 23683 Haffkrug, 82 Jahre
15.09. Jürgen Teupke, 24113 Molfsee, 80 Jahre
16.09. Hans-Ulrich Hamer, 25355 Barmstedt, 66 Jahre
17.09. Helga Mätting, 24568 Kaltenkirchen, 91 Jahre
17.09. Hjördis Hein, 24223 Schwentinental, 69 Jahre
20.09. Jürgen Stieper, 24116 Kiel, 68 Jahre
21.09. Jutta Ressler, 24539 Neumünster, 79 Jahre
21.09. Annette Reese, 24582 Bordsesholm, 66 Jahre
22.09. Thora Schwarck, 25355 Barmstedt, 86 Jahre
22.09. Gisela Clorius, 24598 Boostedt, 73 Jahre
22.09. Peter Höft, 24539 Neumünster, 69 Jahre
24.09. Brigitte Gall, 24147 Schwentinental, 69 Jahre
24.09. Volker Hauschild, 23795 Schieren, 68 Jahre
25.09. Wolf Wulf, 23909 Ratzeburg, 77 Jahre
26.09. Dr. Thomas Ernst, 23564 Lübeck, 72 Jahre
26.09. Claus Bärwald, 24568 Kaltenkirchen, 67 Jahre
26.09. Dagmar Rössner, 23879 Mölln, 66. Jahre
27.09. Jutta Weber, 21514 Siebeneichen, 69 Jahre
28.09. Elke-Marie Görs, 21502 Geesthacht, 65 Jahre
29.09. Brigitta von Richthofen, 21521 Aumühle,
75 Jahre
30.09. Gisela Buhr, 24161 Altenholz, 76 Jahre



Liebe Ruheständler,

an dieser Stelle wieder die Rubrik „Informationen Ruhestand“ . Worüber können wir berichten?

Vom 23.04. – 25.04. 2017 nahmen Grete und Harro Rhenius und Johannes Willer als Vertreter der Ruheständler an einer Tagung zum Thema „Seniorenpolitik: Einkommen im Ruhestand“ an der „dbb akademie“ in Königswinter bei Bonn teil. Dazu der Bericht „Bundesseniorenvertretung mit anspruchsvollem Programm“ von Werner Hillen in ´in diesem Heft. Die Fortbildungsveranstaltung zeigte wiederum, wie wichtig es ist, sich über die anstehenden Probleme und Entwicklungen hinsichtlich der Versorgungsempfänger zu informieren.

Es ist nicht ganz einfach, landesweite Veranstaltungen für unsere Pensionärinnen und Pensionäre, Rentnerinnen und Rentner zu planen und zu organisieren. Trotzdem wollen wir es wagen. Wir bieten eine Exkursion zu den Schleusen in Brunsbüttel an, die eine Schleusenführung und vor allem Informationen zum Bau der neuen 5. Schleusenkammer beinhaltet. Das zuständige Wasser- und Schifffahrtsamt hat dafür eigens ein Informationszentrum eingerichtet. Die Veranstaltung könnten wir dann in einem der Cafes am NOK – Binnenhafen ausklingen lassen. Mein Vorschlag: teilen Sie mir bitte bis etwa Ende Juli per Mail (c.willer@t-online.de) oder Telefon (04852 3246) ´mit, ob Sie Interesse an dieser Exkursion haben. Ich werde mich dann bei Ihnen melden und mit Ihnen den Termin der Veranstaltung absprechen. Ich denke dabei an Anfang September. Es sind natürlich auch alle „Ruheständler in spe“ herzlich eingeladen.

Ich hoffe, dass wir die Liste unserer Kontaktadressen (vgl. IVL – Magazin, Heft 1, April 2017) bald durch eine Ansprechpartnerin bzw. einen Ansprechpartner für den Bezirk VII (Kiel – Ostholstein – Plön) ergänzen können. Bei meiner Telefonnummer hatte sich ein Fehlerteufel eingeschlichen. Hier noch einmal die entsprechenden Angaben:

Bez. II (Dithmarschen): Johannes Willer, Josenburger Weg 1, 25541 Brunsbüttel, Tel. 04852 3246, E-Mail: c.willer@t-online.de

Herzliche Grüße ... und vor allem: Bleiben Sie bei uns in der IVL – auch im Ruhestand!

Ihr

Johannes Willer

Aktion

„Mitglieder werben Mitglieder“

Gewinnen Sie neue Mitglieder für unseren Verband. Überzeugen Sie Ihre Kollegin oder Ihren Kollegen von den vielen Vorteilen einer Mitgliedschaft bei uns.

Für jedes von Ihnen neu geworbene Mitglied erhalten Sie sofort eine Anerkennung von 50 Euro. Unsere neue Beitrittserklärung finden Sie auf der vorletzten Seite.

Informationsveranstaltung des Bezirks „Dithmarschen“

Harro Rhenius



Am 22. Juni fand in Glückstadt, organisiert durch die Bezirksvorsitzende Stefanie Geschke, eine Besichtigung der Firma Steinbeis Papier GmbH statt.

Sie kennen, wenn Sie nicht aus Glückstadt sind, die Firma Steinbeis?

Lt. Eigener Darstellung, nimmt Steinbeis Papier eine technologisch führende Position in der Recyclingpapierindustrie ein. Allein in den letzten 15 Jahren erfolgten Investitionen von über 350 Millionen Euro in die Modernisierung der Papiermaschinen, in neue Anlagen und Technologien für um-

weltfreundliche Energieerzeugung und in eine moderne Altpapiersortier- und -Aufbereitungsanlage. Über das Kraftwerk mit modernster Wirbelschichttechnologie und Kraft-Wärme-Kopplung werden 100 Prozent der thermischen Energie und 50 Prozent der elektrischen Energie abgedeckt.

In der Aufbereitung kommen verschiedenste Altpapiersorten aus haushaltsnaher und gewerblicher Nutzung zum Einsatz – gemäß Sortenrezeptur und Endweißegrad des Papierprodukts, ausgewählt nach den strengen Kriterien des Blauen Engel. Haushaltssammelware/Deinkingware (Zeitungen, Zeitschriften und Werbeprospekte), Multidruck (holzfreie Andruckmuster von Druckereien) und Büroaltpapiere. Beschaffungssicherheit und langfristiger Zugriff auf Altpapierquellen sind zentrale Bestandteile des Steinbeis Geschäftsmodells.



Foto: Stefanie Geschke



Steinbeis Papier praktiziert ein technologiegeführtes Kreislaufwirtschaftsmodell, das Energie zum Großteil selbst erzeugt, bis zu 100 Prozent Verwertungstiefe erreicht und über alle Wertschöpfungsketten nachhaltig ist. Durch den ganzheitlichen Ansatz in der stofflichen Verwertung ist eine separate Entsorgung über Deponien nicht mehr nötig. Papierfaserschlämme werden im Kraftwerk verbrannt oder als Rohstoffe in der Ziegel- und Zementindustrie eingesetzt.

- Altpapierentsorgung und Altpapieraufbereitung
- Wassernutzung
- Energieerzeugung und -verbrauch
- Reststoffverwertung
- Für den gesamten Produktionsprozess nutzen wir ausschließlich Oberflächenwasser aus der Elbe.
- Die Wasserkreisläufe sind weitgehend geschlossen.
- Es erfolgt eine kontinuierliche Aufreinigung und Wiederverwendung des Prozesswassers innerhalb der Altpapieraufbereitung und Papierproduktion.
- Eine geringe Abwassermenge wird in einer werkseigenen, vollbiologischen Abwasserreinigungsanlage aufbereitet und in die Elbe zurückgeleitet.
- Dabei werden die strengen gesetzlichen Grenzwerte deutlich unterschritten.

Höchste Qualitätsmaßstäbe.

Für ein Recyclingpapier, das Maßstäbe setzt. (Der Homepage der Firma entnommen)

Unter fachkundiger Führung durften wir, nachdem wir Grundsätzliches – auch zur Ausbildungssituation – erfahren hatten, uns vor Ort von der Produktion überzeugen. Angetan mit Warnschutzweste und Ohrenstöpsel (zunächst noch in der Hand) durften wir die Hallen der verschiedenen Produktionsstufen betreten. Auffällig – trotz Vorwarnung – war die enorme Hitze, die uns anfiel. Lt. Auskunft waren es ca. 45 Grad Celsius.

Nur wenige Beschäftigte begegneten uns, alles ist automatisiert und computerüberwacht. Dennoch sind ca. 320 Beschäftigte tagtäglich im Einsatz. Lärm, Papierstaub und Hitze waren die Begleiter, so dass sich alle Teilnehmer auf eine Abkühlung freuten. Nur kam diese Abkühlung als wir uns auf dem Weg zum vereinbarten Restaurant „Der kleine Heinrich“ machten, aus einer Richtung, die uns nicht gefiel. Es begann in Strömen zu regnen.

Die Veranstaltung war ein voller Erfolg. Wir müssen die Kontakte zur regionalen Wirtschaft pflegen und aufrechterhalten. Wir müssen uns positionieren, auch bei den Unternehmen unseres Landes.

Die Veranstaltung war der richtige Weg.

Impressum:

Das „IVL-SH-Magazin“ wird von der Interessenvertretung der Lehrkräfte in Schleswig-Holstein (IVL-SH) herausgegeben. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht die Auffassung der IVL-SH darstellen.

IVL-SH Landesvorsitzende:
Grete Rhenius
Körnerstr. 27, 23564 Lübeck
Tel./Fax: 0451 / 505 87 40
E-Mail: grete.rhenius@ivl-sh.de

IVL-Geschäftsstelle:
Mühlenweg 23, 24640 Schmalfeld
Tel.: 0 41 91 / 6 02 62
Fax: 0 41 91 / 6 09 13
E-Mail: info@ivl-sh.de

IVL-Pressereferent:
Tade Peetz
Stückenberg 15, 24226 Heikendorf
Tel.: 0431 / 2 39 19 35
E-Mail: tade.peetz@ivl-sh.de

Redaktionsanschrift:
Mühlenweg 23, 24640 Schmalfeld
Tel.: 0 41 91 / 6 02 62
Fax: 0 41 91 / 6 09 13
E-Mail: info@ivl-sh.de

ISSN 2191-9070
Homepage: www.ivl-sh.de
Redaktion:
Harro Rhenius, Tade Peetz

Herstellung:
Druckerei Humbach & Nemazal GmbH
Ingolstädterstr. 102, 85276 Pfaffenhofen
Tel.: 0 84 41 / 8068-0
Fax: 0 84 41 / 8068-68
www.humbach-nemazal.de

Beitrittserklärung

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zur IVL ab _____

als Schnuppermitglied als ordentliches Mitglied

Ich bin Studentin/Student LiV Lehrerin/Lehrer Beitragsgruppe: _____

Alle Rechte und Vorteile der IVL genieße ich als Schnuppermitglied kostenfrei: Rechtsberatung und Rechtsschutz in allen dienstlichen Bereichen, Diensthaftpflichtversicherung, Versicherung bei Schulschlüsselverlust und Vermögensschäden beim Schulträger, Betreuung durch IVL-Bezirk, Möglichkeit zur aktiven Mitarbeit in IVL-Gremien und Referaten, Bezug des IVL-Magazins und der Bundeszeitschrift, Schulung und Weiterbildungsveranstaltungen.

Nach der Schnuppermitgliedschaft bin ich ordentliches Mitglied der IVL, sofern ich meinen Austritt nicht 2 Monate vor Ende der Schnuppermitgliedschaft schriftlich erklärt habe.

_____ Name	_____ Vorname
_____ Geburtsdatum	_____ Straße
_____ Postleitzahl	_____ Wohnort
_____ Telefon / _____	_____ E-Mail
_____ Fächer	_____ Schule
_____ Ort, Datum	_____ Unterschrift

Senden Sie den Antrag an: IVL-Geschäftsstelle, Mühlenweg 23, 24640 Schmalfeld

IVL-SH, Mühlenweg 23, 24640 Schmalfeld

Gläubiger-Identifikationsnummer **DE69ZZZ00000742329**

Ich ermächtige die IVL-SH, den von mir zu entrichtenden IVL-Mitgliedsbeitrag bei Fälligkeit mittels Lastschrift von meinem Konto einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der IVL-SH auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Vorname und Nachname (Kontoinhaber)

Straße und Hausnummer

Postleitzahl und Ort

IBAN

D	E																		
---	---	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

BIC

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

(8 oder 11 Stellen)

Ort, Datum

Unterschrift

Ich wurde geworben durch das IVL-Mitglied: _____

Vorname, Name

PLZ, Wohnort



Sie machen das Beste aus Ihrem Leben. Wir aus Ihrem Schutz.

Was auch immer Sie im Leben vorhaben, wir von der HUK-COBURG sorgen für den passenden Versicherungsschutz.

Bei unseren Lösungen sind nicht nur Haus, Auto oder Altersvorsorge sicher, sondern auch die besten Konditionen zum günstigsten Preis.

Erfahren Sie mehr über unsere ausgezeichneten Leistungen und unseren Service und lassen Sie sich individuell beraten. Wir sind gerne für Sie da.

Kundendienstbro Sabine Henning

Tel. 0451 45056123
sabine.henning@HUKvm.de
Ziegelstraße 2, 23556 Lbeck
Mo., Fr. 9.0013.00 Uhr
Mo., Di., Do. 14.0018.00 Uhr
sowie nach Vereinbarung

Kundendienstbro Norbert Schwengers

Tel. 0451 8104184
norbert.schwengers@HUKvm.de
Krempelsdorfer Allee 4244, 23556 Lbeck
Mo., Fr. 9.0013.00 Uhr
Mo., Di., Do. 14.0018.00 Uhr
sowie nach Vereinbarung

Kundendienstbro Heidi Orminski

Tel. 0451 5821370
heidi.orminski@HUKvm.de
Ratzeburger Allee 111125
23562 Lbeck
Mo., Fr. 9.0013.00 Uhr
Mo., Di., Do., Fr. 16.0018.00 Uhr
sowie nach Vereinbarung

Kundendienstbro Daniela Bievor

Tel. 0451 66902
daniela.bievor@HUKvm.de
Arnimstr. 12 B, 23566 Lbeck
Mo., Fr. 8.0013.00 Uhr
Mo., Di., Do. 16.3018.30 Uhr
sowie nach Vereinbarung

Kundendienstbro Sandra Rebenstorf

Tel. 0431 35531
sandra.rebenstorf@HUKvm.de
Holtener Str. 352, 24106 Kiel
Mo., Fr. 9.0012.30 Uhr
Mo., Di. 16.0018.00 Uhr
Do. 16.0019.30 Uhr
sowie nach Vereinbarung

Kundendienstbro Birgit Leppin

Tel. 0431 726677
birgit.leppin@HUKvm.de
Schnberger Str. 24, 24148 Kiel
Mo., Di., Do., Fr. 8.3013.00 Uhr
Mo., Di., Do. 15.0018.00 Uhr
Mi. 8.3014.00 Uhr
sowie nach Vereinbarung

Kundendienstbro Carsten Schulz

Tel. 04342 8584866
carsten.schulz@HUKvm.de
An der Mhlenau 35, 24211 Preetz
Mo., Do. 9.0013.00 Uhr
und 15.0020.00 Uhr
Di. 9.0018.00 Uhr
Mi., Fr. 9.0014.00 Uhr
sowie nach Vereinbarung

Kundendienstbro Anke Feldes

Tel. 04351 667755
anke.feldes2@HUKvm.de
Langebrckstr. 26, 24340 Eckernfrde
Mo., Fr. 9.0012.30 Uhr
Mo., Di., Do. 14.0018.00 Uhr
sowie nach Vereinbarung

Kundendienstbro Jutta Grimmelsmann

Tel. 04321 2720
jutta.grimmelsmann@HUKvm.de
Hauptstr. 30, 24536 Neumstern
Mo., Fr. 8.3012.30 Uhr
Mo., Di., Do. 15.0018.00 Uhr
sowie nach Vereinbarung

Kundendienstbro Thomas Korsch

Tel. 04331 22927
thomas.korsch@HUKvm.de
Friedrichstder Str. 50, 24768 Rendsburg
Mo., Fr. 9.0013.00 Uhr
Mo., Di., Do. 15.0018.00 Uhr
sowie nach Vereinbarung

Kundendienstbro Anke Feldes

Tel. 04621 27627
anke.feldes@HUKvm.de
Am Lornsenpark 6, 24837 Schleswig
Mo., Fr. 9.0012.30 Uhr
Mo., Di., Do. 14.0018.00 Uhr
sowie nach Vereinbarung

Kundendienstbro Ulrich Markowsky

Tel. 0461 9402543
ulrich.markowsky@HUKvm.de
Ochsenweg 17, 24941 Flensburg
Mo., Fr. 9.0013.00 Uhr
und 14.3018.00 Uhr
sowie nach Vereinbarung

Kundendienstbro Bettina Tempich-Braunhart

Tel. 0461 13093
bettina.tempich-braunhart@HUKvm.de
Bismarckstr. 40, 24943 Flensburg
Mo., Fr. 9.0013.00 Uhr
Mo., Do. 15.3018.00 Uhr
sowie nach Vereinbarung

Kundendienstbro Eric Eckstein

Tel. 0481 78769126
eric.eckstein@HUKvm.de
Bahnhofstr. 22 A, 25746 Heide
Mo., Di., Do. 9.0017.00 Uhr
Mi. 9.0014.00 Uhr
Fr. 9.0014.00 Uhr
sowie nach Vereinbarung

Kundendienstbro Marco Lorenzen

Tel. 04841 6622900
marco.lorenzen@HUKvm.de
Markt 1012, 25813 Husum
Mo., Di., Do. 9.0018.00 Uhr
Mi. und Fr. 9.0014.00 Uhr
sowie nach Vereinbarung



HUK-COBURG
Aus Tradition günstig